

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben  
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, unter Kreuzband 8 Mark  
Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin S. W., Schilderstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:  
Für Inserate aller Art: die sechsgespaltene Kolonelle 1 Mark  
für Todesanzeigen Zeile 70 Pfennig, für Arbeitsmarkt 80 Pfennig.

## Praktische Tätigkeit der Betriebsräte.

Der Artikel mit gleichem Titel in Nr. 38 unserer Zeitung und der ihm folgende mit „Zum Sozialisierungsproblem“ überschriebene bringen Ratsschlüsse zur praktischen Betätigung der Betriebsräte im Interesse der Arbeiter. Hier auf diesem vorgeschobenen Posten des großen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit tun gute Ratsschlüsse auch not, zumal die Unternehmer sich allenthalben anschießen, die paar lumpigen Rechte der Betriebsräte nach Möglichkeit einzuschränken, was natürlich ein Einleben der Betriebsräte in ihm bis jetzt unbekannte Gebiete erschwert. Beide Artikel bleiben aber meiner Ansicht nach auf halbem Wege stehen. Sie überlassen es den Betriebsräten selbst, sich die nötige Bildung anzueignen, daß dies nicht der richtige Weg zum Ziele ist, wird wohl zu mindestens den Betriebsräten einschleichen. Die im ersten Artikel verlangten Kenntnisse kann sich jeder in den Kursen, die von den Arbeiterbildungsausschüssen und den Betriebsrätezentralen veranstaltet werden, aneignen. Den Kursfußbegehern muß die Teilnahme durch Gewährung von Jahrgeld usw. erleichtert werden. All diese Kenntnisse langen aber für den richtigen Betriebsrat noch nicht. Noch nötiger als gute Ratsschlüsse tun bestes Nützeng. Jeder Betriebsrat muß dahin arbeiten, zu mindestens das Zeug zum Betriebsleiter in sich zu vereinigen. Wenn auch der Arbeiter nicht die Tätigkeit der technischen und kaufmännischen Beamten verrichten soll, so muß er doch in all diesen Fächern Bescheid wissen, denn das große Meer der Beamten faßt gegenwärtig den Kampf zwischen Kapital und Arbeit ganz anders auf als er in Wirklichkeit ist. Aus diesem Grunde wäre es leichtsinnig von den Arbeitern — die doch sicher bei dem nächsten Kampfe die Träger desselben sind — sich auf die im Kampfe unerfahrenen zu verlassen. Den nun schon jahrzehntelange Organisierten — also schon im Kampfe stehenden — kann man eine gewisse Erfahrung nicht absprechen, und das sind nun einmal die Arbeiter. Während meiner Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzender ist es mir noch nicht passiert, daß mir ein Angestellter — ohne daß ich vorher die Damenterschauberechtigungen anfragen mußte — die gewünschte Auskunft gegeben hat. Sie halten es immer noch mit dem Herrn Chef, weil sie von dieser Seite ihr Heil erwarten. Als Beweis sei folgendes angeführt: Wie in vielen anderen Gär- und Lagerfässern ist auch in unseren Kellern die Luft sehr kohlenstoffhaltig. Ich stellte nur das Erfuchen an unseren Chemiker, den Kohlenstoffgehalt festzustellen. Dieser brauchte allerhand Ausreden, bis er endlich — in die Enge getrieben — zugab, er bräute es schon, aber das müßte ihm der Chef befehlen. Den Staubgehalt der Mälzereiluft festzustellen, lehnte er gleichfalls ab. Meine diesbezüglichen Bemühungen schon vor dem Kriege bei chemischen Instituten und bei freien Chemikern, stießen auf denselben Widerstand, und nur um es dort — man sieht es am Augenaufschlag, daß sie das Kapital meinen — nicht zu verderben. Sollen aber diese Uebel beseitigt werden, dann ist es unerlässlich, dem Unternehmer mit wissenschaftlichem Material entgegenzukommen. Es ist doch ein ganz anderes Ding, wenn ich dem Unternehmer sagen kann, der normale Kohlenstoffgehalt der Luft beträgt 0,04, in unserem Gärfässer müssen die Arbeiter aber eine Luft mit z. B. 4,5 Kohlenstoffgehalt einatmen. Sie wissen doch auch, daß die Kohlenstoffe der Stoff ist, der Körper und Geist erschläft, also sorgen Sie bitte für baldige Abhilfe, wir schlagen Ihnen dies und jenes vor. Als wenn ich nur sagen kann: „Unsere Luft im Gärfässer ist schlecht, wir verlangen andere.“

Sollen wir nun warten, bis die Kollegenangestellten sich zu unserer Ansicht durchgerungen haben? Ich halte uns für zu wertvoll dazu. Wir werden durch die Ereignisse gezwungen werden, uns noch fehlendes anzueignen, und das können wir am besten dadurch, daß wir die jetzt bestehenden kapitalistischen Fachschulen unserem Zwecke nutzbar machen. Erprobte Kämpfer und aufnahmefähige Köpfe müssen wir dort zu Betriebsleitern ausbilden lassen. Wenn dann in kurzer oder längerer Zeit die Arbeiterschaft wieder vor der Möglichkeit steht, ihre Geschichte selbst in die Hand zu nehmen, dann ist die Ausrede: „Wir waren noch nicht genügend vorgebildet“, nicht mehr zeitgemäß. Ein solch durchgebildeter Betriebsrat ist eher in der Lage, den Sabotagekünstlern das Handwerk zu legen, als wenn er zwar den guten Willen, aber nicht die Kenntnisse dazu hat.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

(Sinkende Valuta. Die Brotversorgung in Gefahr, Einfuhrbeschränkungen im Ausland, Reichszuschuß von 6 1/2 Milliarden für Brotgetreide. Krise und Kohlenmangel. Ergebnisse der Viehzählung in Preußen.)

Die Wirtschaftskrise steht unter dem starken Druck einer sprunghaft herabgehenden Valuta. Die Hoffnungen, daß es uns gelingen werde, langsam zu einer Besserung unserer Geldbewertung im Ausland zu gelangen, scheint vorläufig nicht in Erfüllung zu gehen. Leider trägt die jetzt eingeschlagene Wirtschaftspolitik dazu bei, diese ungünstige Lage auf dem Weltmarkt zu verschärfen, wenn sie nicht überhaupt die Ursache für den Sturz der Valuta abgegeben hat. Dem Drängen gewisser Interessentengruppen nachgebend, hat man in Deutschland viel zu sehr die Einfuhr gelockert. Man ist den Wünschen des Außenhandels in weitem Maße entgegengekommen, obwohl man sich jagen mußte, daß gerade gegenwärtig, bei einer Steigung des Absatzes auf dem Weltmarkt, der Zeitpunkt der ungeeignetesten ist, die Schleusen der Einfuhr weiter aufzuziehen. Mit wie wenig volkswirtschaftlicher Einsicht der Großhandel seine Politik betreibt, dafür gibt der Beschluß des Hamburger Senats, die Außenhandelsstellen aufzuheben, den besten Beweis. Gerade jetzt ist die Kontrolle dringend notwendig, und die Freiheit des Handels muß die Krise verschärfen.

Wir geben gegenwärtig wiederum viele Milliarden für die Einfuhr von Gegenständen aus, die wir im Hinblick auf unsere Finanzen entbehren müßten. Das Ankaufen der Zahlungsberechtigungen im Ausland in einer Zeit, wo unsere Ausfuhr keine genügenden Gegenverpflichtungen auslöst, muß zur Entwertung unserer Zahlungsmittel führen. Es war durchaus verfehlt, das teure Frühgemüse einzuführen. Für den Rasententium kam es nicht in Frage. Es erscheinen bereits wieder Apfelsinen, Bananen und italienische Weintrauben zu hohen Preisen auf dem Markt, die Auslandschokoladen, die teuren Konserven u. a. m. verschwinden nicht, obwohl wir uns alle diese Dinge nicht leisten können, und unsere Zahlungsbilanz schon durch die Einfuhr dringend notwendiger Lebensmittel stark belastet wird.

Wie sorgsam wir haushalten müssen, läßt sich nach dem Bericht der Reichsgetreidekasse erkennen, die bei Innehaltung der gegenwärtigen Brotrationen einen Einfuhrbedarf von 2 Millionen Tonnen Brotgetreide hat, für die gegenwärtig ein Zahlungsaufwand von über zehn Milliarden Mark notwendig ist. Dazu kommt nun die Freigabe der Weizeinfuhr, der einige andere wichtige Lebens- und Futtermittel folgen. Mit dem Sinken der Valuta steigern sich die Zahlungsanforderungen, die uns weiter tiefer herabzerrren müssen. Der amerikanische Dollar, der bereits auf 35 Mk. gekommen war, nähert sich einem Stand von 70 Mk. Das bedeutet, daß wir jetzt das Doppelte zahlen müssen gegenüber dem Stand vor einigen Monaten.

Obwohl das Ausland lange nicht eine so weitgehende Entwertung seiner Valuta zu verzeichnen hat, geht man dort fortgesetzt mit neuen Einfuhrbeschränkungen vor. Frankreich, die Schweiz, die skandinavischen Länder, sie sperren sich gegen die Einfuhr gewisser Waren zum Teil aus Valutarückgründen, aber auch, um der Industrie die Konkurrenz fernzuhalten. Größere Eingriffe nehmen die Staaten mit ungünstiger Valuta vor. Norwegen stellt die Einfuhr von Luxuswaren unter Kontrolle, Finnland hält seinen Außenhandel unter strenger Aufsicht, Lettland, das einen großen Bedarf an Waren hat, gibt eine umfangreiche Liste der gesperrten Einfuhrartikel heraus. Aus allem dem lernt die deutsche Regierung nichts. Man hat dem Volk während der Wahl vorgeredet, der Freihandel werde uns aus aller Not befreien, und nun rennen die bürgerlichen Parteien, um nur die ersten zu sein, die die Bahn freimachen für etwas, dessen Erfolge wir jetzt spüren.

Auf dem Inlandmarkt daselbe Spiel. Vergeblich fragt man sich, wie soll das Defizit in Brotgetreide gedeckt werden? Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch und Kartoffeln wurde damit begründet, daß durch den Widerstand der Landwirte, den Mangel der behördlichen Kontrolle, die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft nicht mehr möglich ist. Nunmehr geht die Sabotierung der Brotgetreidewirtschaft vor sich, um auch hier das Ergebnis der Aufhebung zu erreichen. Aller Anordnung zuwider erhält man jetzt Weizenbrot ohne Marken in den Städten. Was wird die Folge sein? Wir gehen unsere Ernte früher auf, als es nach sorgsamem Prüfen zulässig ist.

Die 2 Millionen Tonnen Getreide, die wir vom Ausland gebrauchen, erfordern einen Reichszuschuß von rund 6 1/2 Milliarden Mark, wenn wir nicht den Brotpreis erhöhen wollen; das aber ersucht der Regierung bedenklich, und sie steht nun mit ihrem Wahlversprechen, sie wolle diese Finanzwirtschaft der übermäßigen Belastung des Staats zur Senkung der Lebensmittel nicht weiter fortzuführen, vor der platten Unmöglichkeit der Durchführung.

Selbst die Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei im Reichstag finden sich damit ab, noch einen Schritt weiter zu gehen und die Abgabe von Mais als Viehfutter zu einem aus Staatsmitteln gesenkten Preis zu empfehlen. Dieser Zuschuß wird auf mindestens 2 Millionen Mark pro Monat berechnet. Eine finanzielle Belastung ganz unerträgliches Art.

So haben wir damit zu rechnen, daß in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Krise eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise eintritt, die sicherlich zur politischen Verunsicherung nicht beitragen kann. Die Besserung, die in einigen Industrien in der Geschäftslage anzudeuten, ist an anderen Stellen durch einen vermehrten Rückgang der Aufträge ausgelassen. Nach dem Bericht über die Arbeitslosigkeit, herausgegeben vom Reichsarbeitsministerium, fehlt es in einigen Industrien noch immer an Rohle, der Beschäftigungsgrad wäre ein besserer, wenn diese Behinderung in der Aufnahme vermehrter Betriebstätigkeit nicht bestände. Die Kohlenlieferung an die Entente läßt nicht die volle Beschäftigung derjenigen Industrien zu, die genügend Aufträge haben. Die Kohlenförderung steht immer noch weit hinter dem Bedarf zurück und trägt mit dazu bei, daß wir in unserem Wirtschaftsaufkommen immer wieder niedergedrückt werden.

Die Viehzählung vom 1. Juni d. J. hat in Preußen wiederum eine erfreuliche Zunahme der Rindviehbestände ergeben. Gegen den gleichen Termin im Vorjahre hat der Rindviehbestand um 560 000 Stück zugenommen, darunter 215 000 Stück Milchkuhe. Insgesamt beträgt der Rindviehbestand 9 300 000. Gegen den Stand vor dem Kriege allerdings noch ein Verlust von 1 151 000 Stück Rindvieh, darunter 842 000 Kühe. Die Schweinebestände sind um 2 Millionen gegen das Vorjahr hinausgegangen und erreichen jetzt die Zahl von 7 900 000 Stück; allerdings gegen 15 595 000 im Jahre 1913. Dagegen ist die Schafzucht über den Stand von 1913 hinausgegangen; die Zahl betrug im Jahre 1913 8 846 000 Stück, sie liegt auf 4 700 000. Die Zahl der Ziegen liegt in demselben Zeitraum von 1 910 888 auf 3 018 265 Stück. Ueberraschend ist die Zunahme der Geflügelzucht, die bei den enorm hohen Preisen für Eier einen besonderen Anreiz erhalten hat. Hier ist die Zahl der Hühner vom Jahre 1913 bis zur letzten Zählung von 25 028 469 auf 31 657 649 gestiegen. Leider hat die Maul- und Klauenseuche in unseren Rindviehbeständen so arge Verwüstungen angerichtet, daß das günstige Ergebnis wahrscheinlich bereits sehr herabgedrückt ist.

### Volkswirtschaftlichen Unsinn

verzapft wieder einmal Herr Heinrich Göhring, Bremerhaven. In der „Allg. Brauer- und Hopfen-Zeitung“ Nr. 212 vom 20. September schreibt er über den „Rückgang der Arbeitsleistung in den modernen Kulturstaaten“ u. a. folgendes:

„Mit dem Hochgang der Arbeitslöhne und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lohnarbeiterschaft überhaupt hat in allen Kulturstaaten eine stetige Verringerung der Arbeitsleistung gleichen Schritt gehalten. So wie die Arbeiter eine Verminderung der Arbeitsintensität erstrebt haben oder erstreben, bezwecken sie, die Arbeitsleistung auf einen größeren Zeitraum auszuwehnen, um dadurch vermehrte Arbeitsgelegenheit und dauernde Beschäftigung zu haben und ferner, ihre körperliche Arbeitsfähigkeit durch Vermeidung übermäßiger Anstrengung möglichst lange zu bewahren. Aber auch als Kampfmittel an Stelle von Streiks ist die Verringerung der Arbeitsintensität von den Arbeitern benutzt worden. Die Gesamtheit der Maßnahmen der Arbeiter zur Einschränkung der Produktion wird in England als C-a-n-n-y- (Sehr langsam) System bezeichnet. Die Entstehung dieses Systems geht bis in das Jahr 1886 zurück, wo die C-a-n-n-y-Laktif von dem Internationalen Verbands der Gasenarbeiter (International Federation Ship, Dock and River Workers) den Gewerkschaftsmitgliedern empfohlen wurde. Die Vorschläge des genannten Verbandes fanden seit dieser Zeit bei einer ganzen Anzahl von Arbeitervereinigungen großen Anklang, und es werden nur einige wenige, wie beispielsweise die Verbände der Textilarbeiter, bezeichnet, welche, da infolge der hohen internationalen Konkurrenz eine Beschränkung der Arbeitsleistung sehr leicht zum Ruin der ganzen Industrie führen kann, von der Anwendung derartiger Praktiken Abstand nehmen. Diese vorgeschriebenen Methoden der Kampftaktik der englischen Arbeiterbewegung haben nun später auch ganz naturgemäß Anklang bei den Arbeitervereinigungen des europäischen Festlandes gefunden, und stellen die Sabotage (Herstellung unbrauchbarer Arbeit) der Syndikalisten Frankreichs sowie die passive Resistenz der freien Gewerkschaften Deutschlands und Österreichs ganz ähnliche Erscheinungen wie das C-a-n-n-y-System der englischen Trade-Unions dar.“



Stärker noch als in den vergangenen Zeitperioden macht sich der Rückgang der Arbeitsleistung nach den ost- und mitteleuropäischen Revolutionen bemerkbar. Für Deutschland mußte noch vor Mitte 1918 festgestellt werden, daß sich die Betriebsleistungen in allen Industrien gegenüber den Verhältnissen des Jahres 1914 um 50 Proz. verringert haben. Als Ursachen gelten: falsche Arbeitsstreckung, Unterernährung, politische Ferrihenheit der Arbeiterschaft, vor allem aber die gesetzlichen Maßnahmen der neuen Machthaber nach der Revolution, wie der Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages, die Aufhebung der Akkordarbeit usw. Der ungeheure Hochgang der Preise aller Gebrauchsgüter ist die natürliche Folge an Verminderung der Arbeitsleistung. Dabei stiegen die Arbeitslöhne von Tag zu Tag. Das Mißverhältnis von sinkender Arbeitsleistung bei steigendem Arbeitslohn zeigt auch folgende Gegenüberstellung. In einer der bedeutendsten deutschen Cellulosefabriken betrug der Arbeitslohn im ersten Vierteljahr 1918 je Schicht und Mann 9,64 Mk. und die Arbeitsleistung je Schicht und Mann 342 Kilogramm. Dagegen 1919 Arbeitslohn 13,74 Mk. und Arbeitsleistung 141 Kilogramm. Der Arbeitslohn stieg um 4,10 Mk., die Arbeitsleistung sank um 201 Kilogramm. Nicht anders liegen die Verhältnisse in allen anderen Gewerbezweigen. In Punkte der Arbeitsleistung sieht es heute in Deutschland eben nicht besser aus als im bolschewistischen Rußland.

Wir wissen nicht, auf welche Beweismittel Göhring seine Behauptung stützt, daß mit dem Hochgang der Arbeitslöhne und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Arbeitsleistung zurückgegangen ist. Wo das der Fall gewesen ist, da ist mit Erhaltung der gewerkschaftlichen Organisation doch nur die allzugroße Ausbeutung beschnitten worden. Allgemein ist aber bekannt, daß mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Verbesserung der Existenz konform ging und dadurch die Produktion gesteigert wurde. Was über La Caux, Sabotage und passive Resistenz zur Verringerung der Arbeitsintensität als Kampfmittel gesagt wird, ist eine unzulässige Verallgemeinerung einzelner Fälle, oder lediglich theoretische Erwägungen werden als Tatsache genommen. Unmöglich ist aber eine Verbindung der Vorkriegszeit mit der Nachkriegszeit, und unerhört die hier verübte Verhöhnung der wahren Sachlage. Nicht infolge der Revolution machte sich ein Rückgang der Arbeitsleistung bemerkbar, sondern infolge des Krieges, der Unterernährung, Hunger und Stund erzeugt, das Rohmaterial verbrauchte. Und nicht der von den „neuen Machthabern nach der Revolution“ eingeführte achtstündige Normalarbeitstag ist die Hauptursache, sondern der Mangel an Rohmaterial in Verbindung mit der selbstverständlichen Anordnung, daß die zurückkehrenden Krieger in die Betriebe aufgenommen werden mußten, daß die Arbeitsleistung allgemein und pro Kopf zurückging. Und auch das Beispiel von der Delmühle, wenn die Angaben richtig sind, erklärt sich daraus.

Genau unüberhörlich aber ist die Behauptung, daß „der ungeheure Hochgang der Preise aller Gebrauchsgüter die natürliche Folge an Verminderung der Arbeitsleistung“ ist. In der Form und in dem Zusammenhang gesagt, ist diese Behauptung Demagogie. Wichtig ist, daß der Kampf an Produkten preissteigernd wirkt. Aber der Krieg, der die Arbeiter aus der Produktionsstätte riß, wo sie Verbrauchsgüter herstellen, die dann knapp wurden, ist doch nicht von den Arbeitern angeregt und verschuldet; sie haben doch nicht den Krieg begonnen, um ihre Arbeitsleistung bei der Herstellung von Verbrauchsgütern zu verringern? Wenn dieser Wahn wahr wäre, dann könnte Göhring so schreiben wie gefolgt. Soweit die Preissteigerung durch Arbeiterverminderung verursacht ist, sitzen die Schicksaligen ganz wo anders als bei den Arbeitern, wie Göhring glauben machen will, und wo außerdem noch die Preistreiber, Schieber und Wucherer zu finden sind, dürfte auch Göhring nicht unbekannt sein; mit Arbeit an sich, mühsame Arbeit, hat diese Sorte nichts gemein, ob es sich um intensive oder verminderte Arbeitsleistung handelt.

### Die Kriegskassette der freien Gewerkschaften.

II.

Die durch die Kriegskassette gemachten Feststellungen über den Grad der Arbeitslosigkeit geben ein Spiegelbild der Gestaltung des Wirtschaftslebens während der Kriegsjahre. Die am 30. September 1914 vorgenommene Erhebung ergab 370 128 Arbeitslose = 21,2 Prozent der an der Fortbewegung beteiligten Mitglieder. Die für diese Arbeitslosen aufgewandte Unterstützung betrug schätzungsweise 1 625 120 Mark. Am 31. Oktober ist die Arbeitslosigkeit bereits auf 10,5 Prozent zurückgegangen. Ende Januar 1915 sind nur noch 6,6 Prozent der berichtenden Mitglieder arbeitslos und die Erhebung vom Ende Juli weist mit 2,6 Prozent schon einen etwas geringeren Grad der Arbeitslosigkeit auf als er in dem gleichen Monat 1913 und 1914 bestand. Die Arbeitslosenzahl sinkt nun fortgesetzt mit einer geringen Abweichung im Dezember 1917, und stellt sich Ende September 1918 auf 0,8 Prozent. Die am 30. September 1918 vorgenommene Erhebung ergab 122 245 = 7,4 Prozent und am 30. Januar 1919 100 225 = 7,6 Prozent bei verlässiger Arbeitszeit beteiligter Personen. Die wichtigsten Zahlen der heimische

Beschäftigten weisen die Erhebungen vom ersten und zweiten Halbjahr 1917 mit 16 765 = 1,6 Prozent und 19 550 = 1,5 Prozent auf. Am 30. September 1918 wurden 28 725 Personen = 2,1 Prozent der berichtenden Mitglieder als nur teilweise beschäftigt gezählt.

Unter dem Eindruck der in den ersten Tagen nach Ausbruch des Krieges eingetretenen allgemeinen Störung des Wirtschaftslebens hielt es die Mehrzahl der Vorstände für unmöglich, daß während der Dauer des Krieges die jagungsabhängigen Unterstützungen im vollen Umfange weitergewährt werden könnten, wenn man nicht die Existenz der Gewerkschaften aufs Spiel setzen wollte. Allgemeine für alle Verbände gleich gültige Maßnahmen konnten jedoch bei der verschiedenen Gestaltung der Unterstützungsrichtungen in den Verbänden und ihrer voneinander abweichenden Leistungsfähigkeit nicht durchgeführt werden. Diese zu treffen mußte den einzelnen Vorständen überlassen bleiben. Nebereinstimmung wurde jedoch darin erzielt, daß in erster Linie die Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder gesichert werden müsse, und daß hierbei mehr Wert auf die Dauer als die Höhe der Unterstützung zu legen sei. Die übrigen Unterstützungen sollten zugunsten der Arbeitslosenfürsorge, soweit es erforderlich erschien, aufgehoben oder doch eingeschränkt werden. Naturgemäß drängte sich den Verbänden auch die Frage der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer auf. Eine solche in fester Form als Verbandsunterstützung einzuführen, lehnte die Mehrheit der Verbände ab. Doch wurden fast von allen Verbänden solche Unterstützungen geleistet, zum größten Teile jedoch als besondere Zuwendungen und häufig aus eigens zu diesem Zwecke geschaffenen Fonds. Die Einschränkung der jagungsabhängigen Unterstützungen war nicht von langer Dauer. Bei einem Teil der Verbände war sie überhaupt nicht erfolgt und, soweit es geschah, konnte bereits im Anfang des Jahres 1915, als sich die Wirtschaftslage wieder bessert hatte, der Ausnahmezustand beseitigt und zur vollen Gewährung der Unterstützungen übergegangen werden.

Die Kriegskassette geben von den Unterstützungsansuchen der Zentralverbände ein von den Gewerkschaftskassetten abweichendes Bild. Es erscheinen hier die Ausgaben nicht in jährlichen Abschnitten, sondern sie werden durch die Methode der Fortschreibungszahlen als Gesamtleistung während des Krieges, in stufenweiser Entwicklung vor Augen geführt. Es vorausgesehen die Verbände vom Beginn des Krieges bis zum 30. September 1918 78,7 Millionen Mark für Unterstützungen aller Art. Davon entfielen 25,8 Millionen auf Familienunterstützung. Schon bis zum 31. Oktober 1914 waren 12,8 Millionen an Arbeitslosenunterstützung gezahlt worden, und am Schluß des ersten Kriegsjahres, dem 31. Juli 1915, belief sich diese Ausgabe bereits auf 21,6 Millionen Mark. Im weiteren Verlauf des Krieges trat dann nur noch eine Steigerung dieser Ausgabe um 4,2 Millionen ein. Anders gestaltete sich die Entwicklung der Ausgabe für Familienunterstützung. Diese Ausgabe betrug am Schluß des ersten Kriegsjahres 10,4 Millionen Mark, vermehrte sich demnach noch bis zum 30. September 1918 um 21,1 Millionen Mark. Ein lehrreicher Vergleich ergibt sich bei Berechnung des prozentualen Anteils der beiden Unterstützungen an der Gesamtsumme für Unterstützungen. Von 100 Mark Gesamtunterstützung kamen am Schluß des ersten Kriegsjahres 59 Mark auf Arbeitslosen- und 28 Mark auf Familienunterstützung. Am 30. September 1918 entfielen dagegen auf die erste 33 Mark und auf die zweite 34 Mark. Der Anteil der Arbeitslosenunterstützung hat sich während dieser Zeit um 26 Mark verringert und der Anteil der Familienunterstützung um 8 Mark erhöht. Der auf die Arbeitslosenunterstützung am Schluß des ersten Kriegsjahres entfallene Anteil von 59 Mark bildete das Höchstmaß, er verringerte sich von diesem Zeitpunkt an fortgesetzt. Bei der Familienunterstützung steigt der Anteil dagegen bis zum Schluß des Jahres 1918 bis auf 37 Mark und hält sich dann bis Ende 1917 auf gleicher Höhe.

Mit dem Ausbruch des Krieges schloß für die freien Gewerkschaften ein geschichtlicher Entwicklungsabschnitt ab. Es war die Zeit der organisatorischen Schulung der Arbeiterschaft zur wirksamen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten. Indem die Gewerkschaften in harten Kämpfen für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsprozeß kämpften, förderten sie den materiellen und geistigen Aufstieg des Proletariats. Die Gewerkschaften bahnten damit der Arbeiterschaft den Weg zur wirtschaftlichen Macht, die sie heutzutage muß, um eine planmäßige Ueberleitung der kapitalistischen Produktion in eine gesellschaftliche herbeiführen zu können. Eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe hat nun die Arbeiterschaft zu leisten, nachdem sie durch den Zusammenbruch der autokratischen militärischen Staatsverwaltung Deutschland viel frühzeitiger vor die Lösung sozialistischer Aufgaben gestellt worden ist, als es bei normaler Entwicklung der Fall gewesen wäre. Man wagt über die Entwicklung der Sozialisierung und die zu ihrer Weiterbetreibung zu ergreifenden Maßnahmen verschiedener Auffassung sein. Das eine steht wohl fest: die Frage der Sozialisierung der Wirtschaft wird nunmehr in dem Aktionsprogramm der Gewerkschaften einen hervorragenden Platz einnehmen.

In diesem Sinne bedeutet die Kriegszeit ein Uebergangsstadium von einer vergangenen zu einer neuen Epoche gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Aufgabe, die sich die Gewerkschaften beim Ausbruch des Krieges stellten: der Arbeiterschaft ihre gewerkschaftlichen Organisationen über die Kriegszeit hinweg zu erhalten, wurde erfolgreich gelöst. Die aus dem Felde zurückfliehenden Massen fanden die alten Organisationen vor, die den nach Ausbruch der Revolution einsetzenden Zugriff der Gewerkschaften entgegen und in sich aufrechten konnten. Damit wurde die erweiterte Aktionsfähigkeit des Proletariats zusammengefaßt, in eine einheitliche Richtung gedrängt und auf das gleiche Ziel gelenkt. Und wenn der Stoss auch manchmal nicht über die Ufer brach und es zeitweilig schien, als würde er die Pässe durchbrechend sich ins Rechte ergeben, so hat sich doch aus den Wirren der Zeit das Proletariat kein letztes Gut gerettet: die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Sie zu wahren und zu verteidigen, umgibt erste Aufgabe aller Heiden, die mit feinem Herzen den endgültigen Sieg des Sozialismus herbeiführen.

### Einen Hilferuf für die Oberschlesier

richtet unter dem 18. September der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam in folgendem Wortlaut:

Auf dringende Hilferufe aus Oberschlesien sehen wir uns veranlaßt, den Internationalen Gewerkschaftsbund um Hilfe anzurufen.

In Oberschlesien, das durch seine reichen Kohstoffquellen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas von ausschlaggebender Bedeutung ist, herrscht der blutigste und gewaltigste Terror. In dem Lande, das bis zum Friedensvertrage von Versailles kaum einen Nationalkampf kannte, wütet jetzt infolge der großpolnischen Hege ein Arbeitsbruderkampf. Viele deutschfühlende Massenbewußte Arbeiter, Einwohner Oberschlesiens, sind von fanatisierten polnischen Arbeitern erschlagen worden. Ihr ganzes Verbrechen war, daß sie sich als Massenbewußte Arbeiter an der nationalistischen und chauvinistischen Hege der polnischen Agitatoren nicht beteiligen wollten und beteiligen konnten. Frauen und Kinder unserer Gewerkschaftsmitglieder sind in ihren Wohnungen unmenslich mißhandelt worden, ihre Habe ist vernichtet. Tausende braver Arbeiter wurden aus dem Lande vertrieben. Viele Arbeiter, die arbeiten wollten, wurden mit Gewalt an der Arbeit verhindert. Eine Vereinbarung zwischen den Führern der deutsch orientierten Bevölkerung und den Polen, die den unmenschlichen Gewalttaten der schwer bewaffneten polnischen Banden ein Ende machen sollte, wird von den Polen nicht gehalten. Der ausschlaggebende Teil der Besatzungsmächte sieht diesem Treiben tatenlos zu. Nichts ist bisher gegen die Mörder und Räuber unternommen. Das französische Militär sympathisiert mit den polnischen Aufstrebenden. Die friedliche Bevölkerung kann nirgends Schutz finden. Es ist keine Stelle vorhanden, an die sie sich vertrauensvoll wenden könnte.

Die Bevölkerung will den Frieden und eine unbefleckte Entscheidung des oberschlesischen Volkes über sein Schicksal, wie es der Vertrag von Versailles bestimmt.

Unter den gegenwärtigen von den Polen herbeigeführten und den Besatzungsbehörden geduldeten Zuständen ist eine unbefleckte Entscheidung unmöglich.

Die oberschlesische Bevölkerung wendet sich deshalb durch uns an den Internationalen Gewerkschaftsbund um Hilfe. Die internationale Solidarität der erwerbstätigen Klasse, aufgebaut auf Recht und Gerechtigkeit, ist jetzt noch die einzige Hoffnung der Bevölkerung Oberschlesiens. Groß und nationale Machtpolitik dürfen nicht länger die wirtschaftlichen Aufbaumöglichkeiten hindern.

Wir bitten den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die nötigen Schritte bei den Mächten, die die Besetzung Oberschlesiens vollzogen haben, zur Beseitigung dieser entsetzlichen Zustände zu unternehmen und besonders die Confédération générale du Travail in Frankreich zu veranlassen, daß sie auf die französische Regierung dahin einwirkt, daß der französische Oberbefehlshaber Recht und Gerechtigkeit walten läßt und mit der nötigen Energie den polnischen Aufstrebenden entgegentritt.

Es ist dringend geboten, weil infolge dieser Zustände in Oberschlesien die schwersten Erschütterungen zu befürchten sind. Wir hoffen deshalb, daß unerbittlich das Nötige unternommen wird.

Berlin, den 18. September 1918.

Mit brüderlichen Grüßen!

Der Vorstand  
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.  
E. Legien.

### Der Kapitalismus gegen Volksinteressen.

Die Firma Ferdinand Rudolf Machs, Oberwiel 4, Stettin, Brennerei, Spiritfabrik, Breibeseffabrik, Sektfabrik, Weinhandlung und Großdestillation, hat durch die Kriegslieferung soviel Kapital erworben, daß sie die halbe Oberwiel ankaufen und die Tiboli- und Viktoriawerke erwerben konnte; die Brauereien wurden stillgelegt; ferner hat sie Großdestillationen auch noch in Bernstadt in Schlesien, Tilsit, Königsberg und Breslau gekauft. Als die Einrichtung in Breslau im vorigen Jahre hergestellt war, fuhr Herr Müller, der Generaldirektor, mit seinen getreuen Kaufmannsangehörigen, die dem Verbandsrat angehören — darunter sind Kapz-Offiziere — etwa 2. Klasse auf Kosten der Firma zur Besichtigung nach Breslau. Der Verband der Brauerei, Brennerei- und Mühlenarbeiter steht seit Mitte Juni mit den Brennereien, Weinhandlungen und Breibeseffabriken in Lohnverhandlungen; jetzt soll das letzte Wort der Herr Minister für Handel und Gewerbe noch hierüber sprechen. Bei diesen Verhandlungen war der größte Gegner der Lohnforderungen stets Herr Müller. Ja, der Herr geht noch weiter: die Breibeseffabrik steht unter der Zwangswirtschaft, so daß er nicht Preise nehmen kann, wie ihm beliebt. Es kommt seinem Neben nach bei der Hegeherrstellung kein Verdienst für ihn heraus und auf Grund dessen teilt er dem Betriebsrat mit, er wolle die Abteilung Breibeseffabrik stilllegen und die Hege in Bernstadt oder Tilsit herstellen lassen, denn dort würden nur Stundenlöhne von 3,50 und 3,25 Mk. und Ueberstunden mit 4 Mk. bezahlt, wogegen hier die Löhne die Woche 185 Mk. betragen. Hiergegen machte der Betriebsrat Einwendungen und verlangte, daß die Organisationsleitung zur Verhandlung hinzukam. Herr M. lehnte solche Verhandlung aber ab, trotzdem das Betriebsratsgesetz es verlangt. Bis zum andern Tage hatte Herr Müller keine Ansicht denn doch geändert, und so fand eine Verhandlung statt, wobei auch ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes zugegen war. Bei der Aussprache, die ziemlich spät von den Arbeitnehmervertretungen geführt wurde, weil es sich hier um die Existenz von 39 Arbeitern handelt, wovon ein Teil schon 20 Jahre bei der Firma beschäftigt war, erklärte Herr M. ganz kategorisch, daß wenn ein Betrieb nichts mehr verdiene, er denselben denn stilllegen müßte, unbelümmert, ob Arbeitskräfte kostenlos werden oder nicht; das ginge ihn nichts an. Die Organisationsleitung wies darauf hin, daß unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen und wenn er Interesse am Wiederaufbau Deutschlands habe, es zu erwarten wäre, daß er doch von dem



Verdienst aus den anderen Betrieben der Geseftabrik etwas überweisen möchte. Herr M. meinte, damit wären die Aktionäre nicht einverstanden und er würde nicht mehr Leiter der Firma bleiben können. Dazu wollen wir betonen, daß Herr Müller aus der Familie Rückforth stammt und die Hauptaktien hier in den Händen der Rückforth'schen Erben blieben. Seine Stellung würde also nicht erschüttert werden, wenn er denjenigen Arbeitern gegenüber, die durch ihre Arbeitskraft seit 20jähriger Tätigkeit das Kapital ganz kolossal für die Firma vermehrt haben, etwas als Mensch sich zeigen würde. Aber das ist ja bekannt, daß der Kapitalismus über Leichen hinweggeht, wenn es sich um Gewinne für ihn handelt.

Nun hat in den nächsten Tagen das Wort in der Sache der Schlichtungsausschuss. Wir wollen uns noch kein Urteil über die kommende Verhandlung erlauben, sondern werden abwarten, auf was für einen Standpunkt sich derselbe stellen wird. Vor einigen Wochen ging die Nachricht durch die Presse, daß sich die Herren Minister mit den vielen Stilllegungen der Betriebe beschäftigt hätten und waren sich klar darüber geworden, daß es dringend nötig wäre, seitens der Regierung dagegen Front zu machen, sonst würde in kürzester Zeit das ganze deutsche Wirtschaftsleben zusammenbrechen. Wir möchten doch dringend die hier in Frage kommenden Regierungsvertreter bitten, sofort einzuschreiten, bevor es zu spät ist. In diesem vorliegenden Fall ist dem zuständigen Minister Nachricht von unserer Seite zugegangen.

### Bewegungen im Berufe.

#### Brauereien, Bierneiederlagen.

† Bezirk Erfurt. Die Verhältnisse in den Brauereien des Bezirks gestalteten sich nicht, den Tarifvertrag in bezug auf die Löhne so frühzeitig zu kündigen wie in unserem Nachbarbezirk Leipzig. Die Kommission und die zugezogenen Zahlstellvertreter beschloßen jedoch in der Sitzung am 30. Juli, gegungswise durch die weitere Steigerung der Ausgaben in Arbeiterhaushalt, den Vertrag am 1. August zum 1. September zu kündigen. Dies geschah, jedoch mußten die Verhandlungen längere Zeit verschoben werden, weil der Vertreter der Arbeitgeber in Urlaub war. Unsere Forderung von 30 Mk. Lohnerhöhung für alle Ortsklassen wurde in der Verhandlung am 14. September rundweg abgelehnt. Die Kommission griff zur Staffellung der Zulagen und wurde nach langer Verhandlung Einigkeit in der 1., 2. und 3. Ortsklasse erzielt mit 20, 15 und 10 Mk. ab 1. September 1920. Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten keine Zulage. Die Forderung von 10 Mk. Zulage in der 4. Ortsklasse wurde seitens der Unternehmer abgelehnt, von unserer Seite die Forderung der Unternehmer, daß junge Leute von 18 bis 20 Jahren auch keine Zulage erhalten sollen. Diese beiden Punkte wurden dem Schlichtungsausschuss in Erfurt zur Beschlussfassung unterbreitet. Dieser entschied in der Sitzung am 21. September dahin, daß in der 4. Ortsklasse 5 Mk. Zulage gegeben werden soll und sollen Arbeiter von 18 bis 20 Jahren ihre Ortsklassenzulagen erhalten. Einer Tarifänderung könne er nicht zustimmen und mit Recht hätten sich die Arbeitnehmer dagegen gewandt. Die Lohnzulagen betragen demnach in der 1. Ortsklasse 20 Mk., in der 2. 15 Mk., in der 3. 10 Mk. und in der 4. 5 Mk. ab 1. September 1920. Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten eine solche nicht. Wo die Auszahlung noch nicht erfolgt ist, wollen die Kollegen diese fordern und bei Nichtzahlung mit Mitteilung zugehen lassen. Stiebler.

#### Mühlen.

† Berlin. Streik der Mühlenarbeiter. Seit Sonnabend, den 25. September, befinden sich die gesamten Mühlenarbeiter Groß-Berlins in den Ausstand. Die Arbeitgeber lehnten es ab, die vom Schlichtungsausschuss vorgelegenen Löhne anzuerkennen. Sie glauben die von der Reichsgetreidestelle erhöhten Mahllöhne in der Hauptsache für sich in Anspruch nehmen zu müssen. Das konnten und wollten sich die in den Mühlen Beschäftigten nicht gefallen lassen. Nach ihrer Ansicht und mit Recht haben sie Anspruch in voller Höhe auf die in die erhöhten Mahllöhne einkalkulierten Löhne. In der vor der Arbeitsniederlegung stattgefundenen Versammlung kam zum Ausdruck, wenn der von der Reichsgetreidestelle zugesagte Lohn auf den jetzt bezahlten zugerechnet wird, auch dann noch nicht ausreichte, um den heutigen Verhältnissen entsprechend leben zu können. Nach dem suchte an die Organisation gerichteten Schreiben sollte man annehmen müssen, daß die Unternehmer den Kampf wollten. Mögen darum unsere Kollegen auf eine längere Dauer der Arbeitsruhe sich einstellen.

† Berlin. Beendeter Streik in der Rostromühle von Kühne. Nach fünfwöchentlicher Arbeitsruhe wurde durch Vermittlung des Schlichtungsausschusses ein zufriedenstellender Vergleich mit der Firma geschlossen. Alle Streikenden wurden wieder eingestellt.

† Bezirk Erfurt. Kein Interesse hatten die Unternehmer in Regierungsbezirk Erfurt an den Lohnforderungen der Arbeitnehmer in Mühलगewerbe, weil ihre Arbeiter zufrieden wären und weil andererseits die Kommunalverwaltung und die Reichsgetreidestelle nicht die dazu nötigen Mahllöhne zahlten. Sie behaupteten u. a., daß die Reichsgetreidestelle den Arbeitern durch die Erhöhung der Mahllöhne eine Lohnerhöhung von 60 Mk. auf die Märzlöhne zugestanden hätten. Untersuchungen aber dabei, daß die Durchschnittslöhne damals schon von der Reichsgetreidestelle auf 200 Mk. die Woche festgelegt waren. Auf alle Fälle wollten die Herren über einen Lohnsatz von 200 Mk. in der 1. Ortsklasse nicht hinausgehen und war es Herr Wenders-Erfurt, der dafür Kopf und Kragen riskieren wollte, der so schon bei der Molkerei dauernd zugelegt haben wollte. Mag der aber früher Geld verdient haben! Denn sonst könnte er jetzt nicht die vielen Tausende zum Zugehen haben.

Es kam anders, als diese Herren dachten. Gleich zur ersten Verhandlung wurden von uns die Regierung und die Landräte eingeladen und sie kamen auch; meinten aber, daß bei derartigen Lohnforderungen die Preispreise erhöht werden müßten, was von uns energisch bestritten wurde. Bist man doch in anderen Kreisen dieselben Löhne und hat niedrigere Preispreise als in Erfurt. In der Verhandlung wurde beschlossen, von einer Reihe Mühlen Kalkula-

tionen einzufordern, die mit von uns geprüft wurden und auf Grund dieser Prüfung wurden die Wahlbedingungen für die Kommunal- und zugleich auch für die Selbstverforgermühlen festgelegt. Die Landräte stimmten in einer Sitzung mit der Regierung den Bestimmungen zu und in einer weiteren Verhandlung mit den Unternehmern, an der auch die Regierung teilnahm, wurde der in Thüringen gültige Tarifvertrag vollinhaltlich für den Regierungsbezirk Erfurt angenommen. Nachdem am 24. September das Landesgetreideamt den neuen Wahlbedingungen zugestimmt hat, wurde am 25. September der Vertrag von den Mühlenvereinigungen Erfurt und Mühlhausen i. Thür. unterschrieben. Die Lohnbedingungen sind in Nr. 39 der „Verbandszeitung“ bekanntgegeben, die Tarife werden den Kollegen baldmöglichst zugehen.

Kollegen, Eure Wünsche sind erfüllt, Ihr seid ein kräftiges Stück vorwärts gerückt; nun gilt es aber auch, die Wünsche der Organisation zu erfüllen. Es darf im Regierungsbezirk Erfurt keine unorganisierten Mühlenarbeiter mehr geben, sucht sie auf in den Kleinmühlen, holt sie heraus aus ihren Verstecken und hinein in den Verband. Die Mühlen haben bei der Neuordnung der Wahlbedingungen ein gutes Geschäft gemacht, es haben nunmehr auch alle Mühlenarbeiter die Löhne und den Tarif für sich in Anspruch zu nehmen, und als Gegenleistung haben sie die Pflicht, dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter als Mitglied anzugehören. 821 Mühlen sind im Regierungsbezirk Erfurt bei der Unfall-Versicherungsgesellschaft angemeldet, sie alle beschäftigten Arbeitnehmer, wenn auch viele nur einen einzigen. Alle Fehlenden müssen herangeholt werden. Auf zur fröhlichen Mitarbeit!

† Hamburg. Beendete Lohrbewegung der Mühlenarbeiter. In überfüllten Versammlungen am 31. August, 6., 7., 10. und 12. September, berichtete Höhle über den Stand der Lohrbewegung. Schon bei Beginn der letzten besagten sich die Mühlenarbeiter bitter, daß der durch Schlichtungsausschuss festgesetzte Lohn lange nicht dasjenige gebracht habe, was als Existenzminimum notwendig sei. Unsere jetzige Forderung lehnten die Unternehmer ab. Wir wandten uns an den Schlichtungsausschuss. Nach längerer Verhandlung fällte der Schlichtungsausschuss einen Schiedspruch, der der Forderung der Arbeiter Rechnung trägt, die Forderungen der Arbeitnehmer aber nicht ganz erfüllt; trotzdem stimmten die Arbeitnehmer dem Schiedspruch zu. Die Unternehmer haben den Schiedspruch abgelehnt. Um nichts unversucht zu lassen, die Bewegung zum friedlichen Ende zu führen, hatten Vorstand und Betriebsräte beschlossen, nochmals mit den einzelnen Unternehmern zu verhandeln, welches zu einer erneuten Verhandlung zwischen den beiderseitigen Organisationen führte. In dieser machten die Unternehmer nach langer Besprechung den Vorschlag, den sie schon vor dem Schlichtungsausschuss vertraten, den Gesamtlöhne 260 Mk., den Arbeitern 255 Mk., den Arbeiterinnen aber keine Zulage zu bewilligen, und lehnten auch einen Gegenvorschlag der Arbeiter, der um des Friedens willen gemacht wurde, ab. Wir haben den Ortsauschuss des Gewerkschaftsbundes von dem Kampf, der in den zu den lebenswichtigen gehörenden Betrieben auszubrechen droht und für die gesamte Bevölkerung eine große Gefahr bedeutet, in Kenntnis gesetzt. Der Ortsauschuss und Vorstand der Organisation haben den Demobilisierungskommissar von dem Vorgang unterrichtet und hatte dieser zum 13. September eine Verhandlung anberaumt. Die Erregung über das provokierende Verhalten der Arbeitgeber kam in der Versammlung recht scharf zum Ausdruck. Den Betriebsräten wurde der Vorwurf gemacht, daß durch ihren Beschluß, mit den einzelnen Arbeitgebern nochmals zu verhandeln, eine Verschleppung in der Bewegung eingetreten sei. Die Unternehmer seien zu annehmbaren Zugeständnissen absolut nicht zu bewegen, an dem vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch müsse festgehalten werden; man hätte sofort in den Streik treten müssen. Vorstand und Betriebsräte führten aus, daß sie es für ihre Pflicht gehalten, bei einer Bewegung, welche für die gesamte Volkswirtschaft von so großer Bedeutung sei, kein Mittel unversucht zu lassen, um die Sache friedlich beizulegen. Einige Redner sprachen für sofortigen Streik. Ein Antrag, nach ergebnisloser Verhandlung mit dem Demobilisierungskommissar, den Streik aufzunehmen, und die Durchführung desselben dem Vorstand und den Betriebsräten zu überlassen, wird gegen wenige Stimmen angenommen. In einer weiteren Versammlung, am 14. September, berichtete Höhle über die Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar. Die Arbeitgeber hielten an ihrem Vorschlag fest. Nachdem der Demobilisierungskommissar sah, daß keine Verständigung möglich, gab er einen Spruch ab, der folgende Löhne festsetzt: Für die 1. Lohnklasse 276 Mk., für die 2. Lohnklasse 271 Mk. und für Arbeiterinnen 176 Mk. mit Rückwirkung ab 16. August. Nach lebhafter Diskussion wird mit großer Majorität der Spruch des Demobilisierungskommissar anerkannt.

† Waren. Beendeter Streik der Mühlenarbeiter. Bei den Verhandlungen über einen Landestarifvertrag für das Mecklenburger Mühलगewerbe ist der Ort Waren bezüglich Lohnhöhe seitens der Arbeitnehmer für die 2. Lohnklasse vorgegangen, während die Arbeitgeber nur die 3. Lohnklasse Anwendung finden lassen wollten. Nachdem diese Verhandlungen darüber eine Einigung nicht herbeiführen konnten, mußten deshalb, weil es letzten Endes Sache der betreffenden Firma ist, mit der Mühlenfirma Ziele u. Suggisch besondere Verhandlungen gepflogen werden. Aber auch hierbei konnte diese Differenz nicht behoben werden. Mit Rücksicht darauf, daß die früheren Lohnsätze nur bis 1. August vereinbart waren, konnten und wollten die Arbeitnehmer die Lohnfrage nicht noch weiter hingehen lassen und beschloßen die Arbeitsniederlegung. Noch im letzten Moment verjuchten die Organisationsvertreter durch Anrufung des Schlichtungsausschusses einen ersten Konflikt hintanzuhalten. Der gefällte Schiedspruch entschied denn auch, daß bei einem Landestarifvertrag der Ort Waren in keine niedrigere als die vorgelegene 2. Ortsklasse eingereiht werden dürfte. Damit war einwandfrei festgestellt, daß Waren verhältnismäßig sehr teure Verhältnisse aufweist und dem Grunde nach war auch die Lohnhöhe entschieden.

Die Firma glaubte aber sich nicht nach dem Schiedspruch richten zu brauchen und lehnte wiederum die Lohnsätze ab. Damit war freilich der Streik nicht mehr zu umgehen. Sofort war die Firma bei der Hand, einen Mas zu erlassen, der in so recht militärischem Tone befiehlt, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen sei, und wer diesem Befehl nicht nachkomme, der sei entlassen. Nach ihrer Meinung hätten die Arbeitnehmer der Mühlen überhaupt kein Streikrecht. Soviel sollten dieser Herren Arbeitgeber denn doch schon gelernt haben, daß solche Drohungen ihren gedachten Zweck verfehlen und nur lächerlich wirken müssen.

Weil es sich bei den Mühlen um sogenannte lebenswichtige Betriebe handelt, so war es angebracht, den Konflikt möglichst bald zu beheben. Erneut befaßte sich damit der Schlichtungsausschuss. Sein Vermittlungsvorschlag wurde aber wiederum von der Firma abgelehnt, so daß ein erneuter Spruch gefällt werden mußte, der allerdings geringeren Lohn als der erstmalige Spruch vorsetzt. Befriedigen konnte dieser die Arbeitnehmer allerdings nicht, sie nahmen ihn aber an, wonach der Streik nach dreitägiger Dauer wieder aufgehoben werden konnte.

Es mehren sich die Fälle, wo Arbeitgeber sich den gefällten Schiedsprüchen nicht unterwerfen, wenn sie ihnen nicht angenehm sind. Dies hat zur Folge, daß die Arbeitnehmer keine allzugroße Neigung mehr zeigen, sich an die Schlichtungsausschüsse zu wenden. Dies gibt zu denken.

#### Brennereien, Geseftabriken.

† Berlin. Streik in den Spiritfabriken. Die bei der Firma Kahlbaum-Adlershof, Spiritfabrik und Nord- und Süddeutsche Spiritfabrik Lichtenberg beschäftigten Arbeiter sind am Dienstag, den 21. September, wegen Nichtanerkennung des vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch in den Streik getreten. Die Ansicht des Herrn Direktors Girsch in Firma Kahlbaum, daß ein derartiger Erbreffer-Schiedspruch von ihm nicht anerkannt werden könne, deutet sich vollkommen mit dem Ausspruch des Schiedsausschusses dieser Arbeitgebergruppe: „Jetzt weht ein anderer Wind, jetzt haben wir zu bestimmen.“ Ob diese Aussprüche auf gewisse Vorannahmen in der Arbeiterbewegung der letzten Zeit zurückzuführen sind, soll jetzt nicht untersucht werden. Auf alle Fälle können aber unsere Kollegen erleben, daß in Arbeitgeberkreisen Mangel an Willen und die Einigkeit in den Kreisen der Arbeiter jetzt notwendiger ist als vorher.

Die Arbeitsniederlegung erfolgte einmütig. Die Streikenden sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß, sollten Schlichtungsinstanzen noch einen Wert haben, zu keinen anderen Mitteln gegriffen wird. Auch das allbekannte Mittel, wer bis zu dem und dem Tag nicht zur Arbeit erscheint, wird entlassen, hat auf den Streikenden keine Wirkung verfehlt. Ueber den weiteren Verlauf des Streiks werden wir in der nächsten Verbandsnummer berichten.

#### Korrespondenzen.

↳ Braach. Am 12., 18. und 19. September fanden unsere Monatsversammlungen statt in Braach, Weil und Gaujen. Eine sehr rege Debatte riefen die Punkte „Durchgehende Arbeitszeit“ und „Betriebsräte“ hervor; es riefen auf die alte Jungferzeit, in der mander Kollege nicht eher an die Arbeit ging, bevor er nicht eine Maß Bier hatte. Die Zeit vor dem Kriege hat der Verband schon beiseite geschafft, da mit einem solchen System nicht operiert werden kann. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß unsere Betriebsräte auf jede Art ihre Unterjochung vermeiden, bevor eine vorhergehende Betriebsversammlung sich nicht entschieden hat. Die Weiler Kollegen bedauerten lebhaft das lange Verzögern ihrer seit Juni schwebenden Lohnbewegung; es wäre nun einmal Zeit, ihre endgültige Erledigung zu beschleunigen. In Gaujen beschäftigten sich die Mühlenarbeiter des Weizenmehls mit der Löhnerhöhung. Es wurde ausgeführt, daß sich die Mühlenbesitzer nicht genierten, bei dieser preisbegrenzten Zeit 10 Mk. pro Woche zu bieten, was nicht nur der Bezirksleitung, sondern hauptsächlich den Arbeitern zu minimal war, da doch die Mahllöhne ganz enorm gestiegen sind; die Sache wurde deshalb dem Schlichtungsausschuss Braach überwiesen. Es wurde noch Aufklärung gegeben über Betriebsobmänner, wie oben schon angeführt.

Wesel. Eigenartige Verhältnisse bestehen noch in der ländlichen Gegend am Niederrhein. So wurde in Wesel, Brauerei Stams, einem Bierfahrer, der über zehn Jahre im Betriebe ist und für Landfahrten, die über die festgelegte Arbeitszeit dauern, einen festen Zuschlag bekommt, einfach die Hälfte abgezogen. Als Grund gab man an, er wäre nur einmal länger geblieben. Auf seine Beschwerde gab man ihm die Papiere und für 14 Tage Lohn. Damit gab sich jedoch der Kollege nicht zufrieden. Es kam zu Auseinandersetzungen, wobei von Seiten des Chefs die Worte fielen: „Gelten Sie die Schnauze!“ Schon bei der letzten Lohnverhandlung trat es deutlich zu Tage, daß die Herren Besitzer sich noch nicht an die neue Zeit gewöhnen können und unentwegt an ihrem Herrenstandpunkt festhalten. Durch Verhandlungen erreichten wir, daß der Kollege wieder eingestellt wurde. Gleichzeitig möchte ich auch den Brauerei-, Brennerei- und Mühlenarbeitern in hiesiger Gegend zurufen: „Macht endlich auf und findet den Weg zu der für Euch zuständigen Organisation, den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter; dort werden Eure Interessen gewahrt!“ Gibt es doch noch Großbetriebe, wo Stundenlöhne von 2,65 bis 3,50 Mk. gezahlt werden.

#### Rundschau.

#### Aus Industrie und Beruf.

Der Gesamtausschuss des Verbandes deutscher Mühlen hat in seiner Sitzung vom 17. August beschlossen, den Wirkungsbereich des Verbandes zu erweitern, so daß der Verband die Aufgabe hat, neben den wirtschaftlichen auch soziale Interessen wahrzunehmen. Dadurch wird der Verband in die Lage versetzt, sich mit sozialpolitischen Fragen, z. B. mit der Schaffung eines Reichs-achtmentariffs, zu beschäftigen, ohne den Einwand befürchten zu müssen, daß er nach Maßgabe seiner Satzungen dazu nicht befugt sei. Der Verband hat damit noch keine grundsätzliche Stellung zum Reichstarif eingenommen, sondern er hat sich nur formell die



Möglichkeit geschaffen, es zu tun. Die Frage, ob der Verband deutscher Müller der Schaffung eines Reichsrechts zustimmen soll, wurde einer Kommission überwiesen.

**Betriebskonzentration und Kapitalverhöhung.** Die Hauptversammlung der Vereinsbrauerei in Artern genehmigte den Verschmelzungsantrag mit der Aktienbrauerei Müstledt. Das Aktienkapital wurde auf 1 Million Mark erhöht. Die Engelhardt-Brauerei in Berlin erwarb die Aktienmehrheit der Bergschloßbrauerei in Neuhaldensleben. Die Rathenower Dampf mühlen bestritten eine Erhöhung des Aktienkapitals um 1,5 Millionen Mark auf 2,5 Millionen Mark. Die Brauerei Englisch Brunnen in Elbing erhöhte ihr Aktienkapital um 0,4 Millionen Mark auf 1,3 Millionen Mark. Die Vereinsbrauerei Artern schloß die Verschmelzung mit der Aktienbrauerei Müstledt und erhöhte das Aktienkapital auf 1 Million Mark.

Ueber die Versteigerung und den Stammwurzgeschalt des Bieres fanden am 10. September im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Besprechungen statt. Den Vertretern der Regierung wurden die Wünsche des Brauwesens auf Erhöhung des Malzkontingents und Herstellung eines achtprozentigen Vollbieres neben dem bisherigen Einfachbier unterbreitet. Der Vorsitzende erklärte die Bereitwilligkeit des Ministeriums, den berechtigten Ansprüchen der Brauereien nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, insbesondere auch im Rahmen des Möglichen die Gebührenerhöhung zu erhöhen, und es erkenne auch die Berechtigung des Verlangens der Brauereien nach Herstellung eines Vollbieres an, um dem immer mehr zunehmenden Schnapsverbrauch zu begegnen. Der 5. Ausschuss des Reichstages (für Volkswirtschaft) hat dann am Sonnabend einen gleichliegenden Beschluß gefaßt, so daß vom 1. Oktober 1920 ab mit dem Ausschlag des achtprozentigen Bieres wird begonnen werden können.

Präsident Junke vom Deutschen Brauerbund regte noch an, das Reich möchte die Brauereien für die ihnen durch die Vermeidung ausländischer Gerste bzw. Weizens entstehenden Mehrkosten entschädigen. Es scheint Aussicht zu bestehen, daß die Regierung diese Anregung aufnehmen wird.

**Die neuen Branntweinübernahmepreise.** Das Reichsmonopolamt für Branntwein gibt eigene Übernahmepreise von Branntwein für das Betriebsjahr 1920/21 bekannt. Der Branntweinpreis (92 des Gesetzes über das Branntweinmonopol) beträgt 600 Mk. je 100 Liter Weingeist. Als Zuschlag zum Branntweinpreis ist festgesetzt: für Branntwein, der innerhalb des Brennrechts lediglich aus Maltz hergestellt ist, den der Verein der Kornbrennereibesitzer und der Brennereifabrikanten Deutschlands E. V. von der Regungsabrechnung der deutschen Landwirte zum Preise von 170 Mk. je Zentner übernommen und den Brennereien zur Verarbeitung überlassen hat, 975 Mk. je 100 Liter Weingeist.

**Aus der Gewerkschaftsbewegung.** **Zusammenkunft bei Uriaub.** Im Säuerdörfchen in Chemnitz empfing Strauß über die Bezahlung der Uriaubbeiträge. Es wurde verfaßt gearbeitet und der betreffende Unternehmer gab die Lohn bei Uriaub entsprechend der verhängten Zeit. Der Schlichtungsaußschuß Chemnitz entschied am 21. August zugunsten der Arbeiter und sagte begründend u. a.:

§ 12 Abs. 2 der Verordnung vom 12. Februar 1920 kann gegenüber der besonderen Vereinbarung, wie sie in § 11 des hier einschlägigen Tarifvertrages getroffen ist, nicht in Frage kommen.  
§ 11 beruht ausdrücklich von der Fortzahlung des vollen Lohnes.  
Über nicht nur der Fortzahlung, sondern auch der Summe der in Frage kommenden Tarifbestimmungen führt zu dem gleichen Ergebnis: Ferien sollen einen gewissen Ausgleich gewähren für den Kräfteverbrauch bei der während des gesamten Jahres geleisteten Arbeit, nicht bloß für die letzten Wochen vorher.

Die vorübergehende, im Laufe des Jahres eingetretene, wenn auch zeitweilig der Ferien noch andauernde Arbeitslosigkeit kann daher das Recht auf vollen Lohn für die Ferienzeit nicht herabsetzen.  
Es sei übrigens nicht unerwähnt, daß die gegenseitige Verfügung der Umgehung durch vorübergehende Arbeitslosigkeit keine Lösung bringt, während und nach den Ferien für und der Arbeiter würde.  
Schließlich ist für die Entschädigung des Schlichtungsaußschusses auch nicht ohne Bedeutung der Spruch des für die gesamte Branche tätig gewordenen Reichsgerichtspräsidenten, daß sich ebenfalls auf denselben Standpunkt wie die Entscheidung des Schlichtungsaußschusses vom 6. Juli 1920 stellt.

Die Forderungsbewertung ist daher verpflichtet, ihren Forderungen und Anforderungen für die Ferienzeit nachzugehen und den Lohn von 6. Juli 1920 und in Verbindung mit diesen sich ergebenden Rechten zu gewähren.

**Der Verband der Eisenbahnarbeiter,** welcher am 12. September mit eigenen Angehörigen in Dresden seine außerordentliche Generalversammlung abhielt, gab bei seiner Gründung im Juli 1918 kaum 2000 Mitglieder. Heute sind in 1600 Lokomotiven und 55000 Mitglieder vereinigt. Der Verband verfügt verfügt über ein Vermögen von 6 1/2 Millionen Mark. Außerdem hat in Verhandlungen, Tarifverträgen und in der der Gewerkschaften angeführten Verhandlungen mehr als 1 Million Mark investiert.

**Literarisches.**

Die Deutsche Revolution, ihr Verlauf und ihre Stellung, von Heinrich Engel, Jena-Verlag, Berlin 2. 57. Preis 1,50 Mk. Diese Buch ist die erste gesammelte Darstellung des bisherigen Revolutionärschicksals. Der Verfasser zeigt, wie der Kampf mit der Sozialdemokratie die Revolution erschaffen hat, wie die deutschen Sozialisten gegenüber der Revolution eintraten, wie dieser Kampf innerhalb der Revolution sich immer mehr vertiefte und zum Kampfe der Revolution wurde. Die Stellung der Revolution und damit der ganzen Weltanschauung, das Schicksal der in Bewegung gesetzten und nationaler Revolution werden hier genauer erörtert als von einer Darstellung der deutschen Sozialisten auf dem Felde der sozialistischen Revolution.

**Verbandsnachrichten.**

Diese Woche ist der 40. Wochenbeitrag fällig.

**Mitteilungen der Hauptverwaltung.**

**Genehmigte Lokalbeiträge.**  
Koboldzell 20 Pf., Löwenberg i. Schl. 15 Pf., Fürstenwalde 30 Pf. ab 1. Oktober.  
Der Verbandsvorstand.

**Straßporto.**

Vilshofen 40 Pf., Freiberg i. V. 40 Pf., Rabes 60 Pf., Chemnitz 60 Pf., Muldenberg 80 Pf., Grefeld 40 Pf., Lüneburg 40 Pf., Kugsburg 70 Pf., Hamburg 40 Pf., Barmen 40 Pf., Kronach 40 Pf., Striegau 40 Pf., zusammen 5,90 Mk in der letzten Woche. Die Hauptverwaltung.

**Eingänge der Hauptkasse vom 20. bis 25. September.**

Hannover 10,70; Lauterberg i. S. 900,—; Hamm i. W. 1200,—; Schönebeck 1300,—; Schwabach 643,70; Luchhammer 14,—; Berlin 5,60; Fürstenwalde 23,—; Oppeln 700,—; Riel 340,65; Altenburg (S.-A.) 200,—; Gießen 506,—; Grünberg 30,—; Rülheim 6,—; Neustadt a. S. 143,40; Ansbach 1000,—; Regensburg 5000,—; Frankenthal 500,—; Augsburg, Gef.-Brauerei für Zinsen 13 560,— Mark.

**Materialverwand.**

(A. = Mitgliederarten, B. = Mitgliederbücher. Der Wert der Zeitschriften ist in Klammern [a 80 usw.] angegeben.)  
Erlangen: 70 A. Oldenburg: 500 A 200. Aken a. b. Elbe: 20 A. 500 A 150, 500 A 60. Arolsa: 100 A 60. Bielefeld: 140 B. Göttingen: 500 A 200. Gießen: 500 A 200. Kiel: 1000 A 100. Erlangen: 2000 A 200, 200 A 150. Göttingen: 200 A 100. Reife: 400 A 200, 200 A 150. Cassel: 500 A 100.

**Aus den Bezirken und Zahlstellen.**

**Danzig.** Das Bureau der Zahlstelle Danzig sowie des Bezirks Danzig und Westpreußen befindet sich vom 20. September ab in Danzig, Nienstaferne, Eingang Kleinfriedstraße. Aufzählung von 3 bis 1 Uhr und von 8 bis 12 Uhr mittags. Alle Zuschriften sind an Kollegen Nienstaferne, Danzig, Nienstaferne, Eingang Kleinfriedstraße, zu senden, Telephonnummer 2454.  
**Ramstein, Saarländer:** Hermann Müller, Peter-Paul-Straße 3. Kaffierer: Karl Scholz, Deutsche Poststraße 28, Koblitz. Alle Zusendungen für die Zahlstelle an August Strauß, Marktstraße 18.  
**Rühl:** Kaffierer: Max Schmidt, Salzgarten 3, über Reich.

**Veranstaltungsanzeigen.**

**Sonntag, den 2. Oktober.**  
Erlangen, 7 1/2 Uhr: Lokal B. Köst. **Calberstadt,** 7 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. **Meranwerben,** 5 Uhr: „Danzig“, Perrenstr. 4. **Proszlau,** 7 Uhr: Vereinslokal. **Regensburg,** 7 Uhr: Schillerstraße, Glockengasse. **Sangerhausen,** 8 Uhr: „Perrenstr.“. **Speyer,** 6 Uhr: „Rosa Pfalz“. **Stahlfurt,** 8 Uhr: „Gasthof zum schwarzen Hahn“. **Stendal,** 8 Uhr: bei Große. **Stettin, Beamtenverein,** 7 Uhr: „Zum goldenen Horn“, Gr. Kollweberstr. 33/34. **Stolpe,** 5 1/2 Uhr: bei Capellmann. **Wernigrode,** 8 1/2 Uhr: „Vollgarten“.

**Sonntag, den 3. Oktober.**

**Andersbach, Sorau,** 10 Uhr: bei Hans Gabel. **Crimmitschau,** 2 1/2 Uhr: „Herberge zur Heimat“. **Detmold,** 10 Uhr vorm.: „Zentralhalle“. **Göhre,** 1 Uhr: bei Holz, Mauerstraße. **Güterleben,** 10 Uhr: Lokal Peine. **Hainrothe,** 2 Uhr: „Hotel weißer Hirsch“. **Hrankehausen,** 3 Uhr: Replonaxi Pommersfeld. **Schw.-Gmünd,** 2 Uhr: „Eichenhammer“, Ruitlanger Str. 26. **Görsberg,** 3 Uhr: „Deutsches Haus“. **Großschale,** 4 Uhr: bei Herrmann, Radburger Platz. **Hameln,** 9 Uhr vorm.: „Gewerkschaftshaus“. **Hamm,** 10 Uhr vorm.: Wm. Braun, Feidstraße 81. **Heidenheim,** 9 1/2 Uhr vorm.: „Zum Felten“. **Hildesheim,** 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“, Goidenstr. 24. **Hirschberg i. Schl.,** 3 Uhr: „Gasthof zur Post“, Gundersdorf. **Homburg i. Pfalz,** 2 Uhr: Versammlungsort. **Jungblut, Kreislokal.** **Karlshagen, „Gasthaus zum Engel“.** **Königsberg,** 3 Uhr: „Felsenkeller“. **Koblenz,** 4 Uhr: bei Albrecht, Burgstraße. **Kranenburg i. Schl.,** 3 Uhr: Gasthaus Krebs, Landberger Str. **Küstrin,** 3 Uhr: bei Müller, Landberger Str. 34. **Leben i. S.,** 10 Uhr vorm.: „Gasthof zur Linde“. **Lübbecke,** 10 Uhr vorm.: bei Entemeyer. **Lübbecke,** 8 Uhr: bei Dohme. **Neubath a. d. S.,** bei Kappenhäuser. **Oranienburg,** 2 Uhr: „Straßburger Hof“. **Ottensleben,** 3 Uhr: bei Hering. **Paderborn,** 2 1/2 Uhr: „Kleinischer Hof“. **Reinickendorf,** 3 Uhr: Kreislokal. **Regen,** 3 Uhr: „Kiefernstraße“. **Reichenbach,** 2 1/2 Uhr: bei Hansmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 38. **Reichenbach,** 3 Uhr: „Kaiser Friedrich“, Augustinern 14. **Rothemann,** 7 Uhr: bei Reichert. **Rosenberg,** 10 Uhr vorm.: „Harmonie“. **Rosenthal,** 9 1/2 Uhr vorm.: bei Gottschalk, Engert. **Rosenheim,** 10 Uhr vorm.: „Stengarten“. **Roßbach,** 2 Uhr: „Zur Franke“. **Sachsenhausen,** 2 Uhr: „Erholung“. **Schneeberg,** 8 Uhr: bei Martin. **Schwarzbach,** 3 Uhr: „Stadt Hamburg“, Reichenberger Str. **Unterweißbach,** 3 Uhr: Lokal Köpcke. **Wittenberg,** 4 Uhr: „Zur Krone“.

**Montag, den 4. Oktober.**

**Janitz,** 7 1/2 Uhr: „Grüner Adler“. **Kassel,** 7 Uhr: bei Toppert. **Pinneberg,** 6 Uhr: „Zur Stadtmühle“, Schloßstraße.

**Dienstag, den 5. Oktober.**  
**Mühlhausen,** 5 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. **Burg b. Magdeburg,** 7 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. **Harburg a. G.,** 7 1/2 Uhr: „Dringelburg“. **Striegau,** 8 Uhr: „Fürst Diamant“. **Wilhelmshaven-Rüstringen,** 7 1/2 Uhr: „Kaffeter Hof, Königstraße 147“.

**Mittwoch, den 6. Oktober.**  
**Bremervaden,** 7 1/2 Uhr: „Fahr. Hof“, Lange Str. 18. **Cottbus,** 4 1/2 Uhr: bei Schur, Parzellenstr. 97. **Grünberg i. Schl.,** 5 1/2 Uhr: „Schlesischer Hof“. **Insterburg,** 7 Uhr: „Vereinshaus“. **Stargard, Lokal Witte, Radestr. 9“.**

**Donnerstag, den 7. Oktober.**  
**Rathenow,** 3 Uhr: Lokal Reichert. **Steinhagen,** 5 1/2 Uhr: bei Kieve. **Freitag, den 8. Oktober.**  
**Greifswald,** 7 1/2 Uhr: bei Prinz, Langereiche.

**Briefkasten.**

**Saarau,** 6 Mk.

**Nachruf.**

Am 22. September verschied plötzlich an Herzschlag unser Kollege und langjähriger Mitglied, der Brauflührer  
**Max Kammenarz.**  
Er war einer von den Wenigen, der trotz seiner Stellung treu zur Fahne des Proletariats gehalten hat. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!  
**Die organisierten Kollegen der Engelhardt-Brauerei, Abteilung II, Charlottenburg.**

**Nachruf.**  
Am 19. September wurde infolge schweren Unfalls unser treuer Kollege  
**Josef Bettels,**  
Vierjähriger, Hofbrauerei Buchen, aus dem Leben gerissen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
**Die Kollegen von Buchen a. Federsee.**

**Nachruf.**  
Nach langem Leiden starb unser treuer Kollege, der Radmeister  
**Emil Köppen.**  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
**Die Zahlstelle Dessau.**

**Nachruf.**  
Infolge längerer Krankheit starb unser Kollege, der Müller  
**Georg Geilner**  
im 63. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
**Die Zahlstelle Neustadt a. S.**

**Nachruf.**  
Nach langem Leiden verschied am 21. September unser Kollege, der Brauer  
**Hermann Witzel.**  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die  
**Zahlstelle Jwiskan.**

**Nachruf.**  
Nach langem, schwerem Leiden starb unser Kollege  
**Otto Keruffe.**  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die  
**Zahlstelle Sprottau i. Schl.**

**Nachruf.**  
Unserem Kollegen Felene Handbal zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
**Zahlstelle Jwiskan.**

Unserem Kollegen Kranich und seiner Frau Gemahlin zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.  
**Zahlstelle Löwenberg i. Schl.**

Unserem Kollegen Otto Stroppel und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
**Die Kollegen der Zahlstelle Danzig.**

Unserem Kollegen Aug. Gubel und seiner lieben Martha nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
**Die Kollegen der Mühle Sanktbarbara.**

Unserem Verbandskollegen, Kellermeister Paul John zu seinem 25. Dienstjubiläum am 1. Oktober 1920 die herzlichsten Glückwünsche.  
**Die Kollegen der Brauerei C. Kiehl, Brestan.**

**22 jähriger Brauer**  
sucht Stellung in einer Brauerei, am liebsten in Oberbayern. Mitteilungen sind zu richten an  
**Hilons Kainz, Reifahrn in Köb. Brauerei Konrad.**

**Müllerverkehr Worms.**  
Den werben Kollegen zur Kenntnis, daß bei mir stets Stellungen für Kump und Kundenwähler bereitwillig werden.  
**fr. Lechler, Müllerverkehr**  
Stadt Heidelberg, Worms a. Rh.

Unserem Verbandskollegen G. Winter zu seinem 40 jährigen Dienstjubiläum ein donnerndes Hoch!  
**Die Kollegen der Zahlstelle Goldberg.**

Unserem Kollegen F. Paar zu seinem 25 jährigen Arbeitsjubiläum am 5. Oktober die herzlichsten Glückwünsche.  
**Die Kollegen der Brauerei Bohrtisch und Kanonenblech gesellschaft Sprottau.**

**Brauerholzkohle,**  
Wasserkessel, wie Abbildung, 1. Qualität, das Beste was es gibt,  
Paar 75 Mark.  
**Josef Urdan, Cham i. Bayern.**

Welcher Verbandskollege würde einem älteren  
**Brauer und Mälzer**  
zu einer Stellung verhelfen, gegen Vergütung, Offerten bitte zu richten an G. F. Durin, Fürstenwalde, Speer, Kirchstraße 1.

**Brauerschuhe,**  
Friedensware a. prima Kindleder, Doppelsohlen, 55 Mk. p. Paar. Schuhe a. glattem Leder  
**45 Mk. freibleibend.** Auch sonstige Arten von Holzschuhen.  
**Rank & Federl** (Hischer) 101. Rank Holzschuhfabrik Furth i. bayr. Wald.

**Herr-Trik-Hemden 34 Mk.**  
Frauenstrümpfe 11 Mk. u. Nachnahme. Porto. Gute Ware.  
**M. Großmann, München G. 27, Baaderstr. 1.**

**Meinel & Herold**  
Harmonikfabrik  
Musikinstrumenten - Versand  
**Münchenthal (Sachs.) Nr. 208**  
Bis a. Leipzig  
Wiederholungspreis  
Münchenthal, Vilsbiburg, Zillern, Götter, Tilsen, Haselbäum, Spreckelmann und andere Musikinstrumente.  
Bill. Preise, d. Vers. dir. a. Fabr.  
40 000 amtl. bogt. Dankschreiben, Aufträge von M. 10.— portofrei.  
Neueste Praxistafeln unsonst.